

Daseinsvorsorge in Zeiten der Finanzkrise – Ein Auslaufmodell?

Panel 2: Diktat der leeren Kassen – kommunale Grundversorgung vor dem Ende?

Thesen von Alexandra Strickner, Attac Österreich

1. In Österreich genießen Vermögens- und Kapitalbesitzer sowie Konzerne seit Jahren grosszügige Steuergeschenken. Im Gegenzug fehlt das Geld für den Sozialstaat zur Sicherung von Bildung, Pflege, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pensionen oder den Erhalt und Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Situation weiter verschärft – denn zum einen sind durch die Auswirkungen der dieser die Ausgaben des Staates gestiegen, und zugleich die Einnahmen gesunken. Auf der Gemeindeebene ist fehlendes Geld am schnellsten spürbar.
2. Die leeren Kassen der öffentlichen Hand sind also leer, weil das Steuersystem, gewissen Gruppen Steuervorteile gewährt, obwohl gerade dort besonders viel überflüssiges Vermögen vorhanden ist. Mit der Abschaffung von Steuerprivilegien oder der Einführung von vermögensbezogenen Steuern können die leeren Kassen wieder zu vollen Kassen werden. Neben der heute notwendigen Budgetkonsolidierung können auch gleichzeitig zusätzliche Geldmittel u.a. für die Dienstleistungen der Gemeinden bereitgestellt werden. Im Rahmen der Allianz „Wege aus der Krise“ haben wir konkrete Vorschläge gesammelt (siehe www.wege-aus-der-krise.at).
3. VerfechterInnen der privaten Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen sehen die derzeitige Finanzsituation als eine weitere Chance, endlich in den Besitz funktionierender kommunaler Betriebe bzw. kommunalen Vermögens zu kommen. Um das zu Erreichen, braucht es eben die leeren Kassen. Naomi Klein hat in ihrem Buch „Schocktherapie“ beschrieben, wie neoliberale Wirtschafts- und Politikeliten Krisen nutzen, um Privatisierungsprojekte voranzutreiben.
4. Gemeinsam stehen wir vor der Herausforderung, die funktionierende kommunale Grundversorgung in öffentlicher Hand zu erhalten, zurückzuführen, auszubauen und ökologisch nachhaltiger zu gestalten. Die grossen Herausforderungen unserer Zeit – allen voran der Klimawandel – erfordern den Umstieg und Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft. Weg von Modellen der Mobilität und Energieversorgung, die auf der Illusion unbegrenzt vorhandener fossiler Brennstoffe beruhen. Gerade dafür brauchen wir mit finanziellen Mitteln ausgestattete Gemeinden, die nachhaltige Mobilitätsformen ausbauen, den Umstieg auf neue Energieträger und Energieunabhängigkeit von Gemeinden vorantreiben, um nur einige Beispiele zu nennen.
5. Um das zu erreichen, müssen wir zum einen gemeinsam für die Abschaffung der Steuerprivilegien, die Einführung von vermögensbezogenen Steuern ebenso wie für eine Ökologisierung des Steuersystems kämpfen. Wir brauchen ein gerechtes und zukunftsfähiges Steuersystem, das die notwendigen finanziellen Mitteln für die öffentliche Hand garantiert, um dringend notwendige Zukunftsinvestitionen zu tätigen.
6. Zum anderen geht es auch darum, gemeinsam mit den Menschen in den Gemeinden und den Gemeindebediensteten, die ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Umgestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge zu bewerkstelligen. Wenn wir langfristig eine kommunale Daseinsvorsorge sicherstellen wollen, müssen wir ein Bewusstsein entwickeln, dass kommunale Betriebe und Einrichtungen uns allen gehören. Sie wurden mit unserem Steuergeld errichtet und werden mit unserem Steuergeld erhalten. Wir müssen gemeinsam für sie kämpfen. Und wir müssen wir sie auch gemeinsam weiterentwickeln.